

EGGBI Stellungnahmen zu Schadstoffen, Informationen und Prüfberichten zu Produkten/Produktgruppen, Bausystemen für den Einsatz in Gebäuden mit erhöhten Anforderungen an die „Wohngesundheits“ (Schulen, Kitas und Risikogruppen: Allergiker, Chemikaliensensitive, Schwangere, Kleinkinder...), Stellungnahmen zu Schadstoffproblemen und Umwelterkrankungen.
Informationsstand: 04.08.2022

"Vorläufig kritische"

Stellungnahme

zum

Abschlussbericht "IndikuS"

"Interdisziplinäre Herangehensweise an Umweltattribuierte Symptomkomplexe"

Projektlaufzeit 01.10.2020 bis 31.03.2022

gefördert durch Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege

veröffentlicht im Juni 2022

durch das

Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit

Ein Bevölkerungsanteil „Allergiker“ von bereits 30 % und zunehmenden "Chemikaliensensitiven" ([Link](#)) ergibt die Notwendigkeit, nicht nur für "vorbelastete private Bauherren", sondern auch bei öffentlichen Bauprojekten, vor allem Schulen, Kindergärten, Sportstätten neben Fragen von (teils verbotenen) „toxischen“, auch die bestmögliche Vermeidung „sensibilisierender“ Stoffe zu berücksichtigen und Bauprodukte und Gebäude nach wesentlich höheren als den gesetzlichen Kriterien zu bewerten.

Inhalt

1	Persönliche Bewertung "Nichts wesentlich Neues?"	3
2	Vorwort	4
2.1	"Diagnostik in der klinisch-praktischen Umweltmedizin"	5
2.2	"IndikuS"	5
3	Abschlussbericht IndikuS	6
3.1	Interdisziplinäres Versorgungskonzept	6
3.2	Erwartungen bezüglich "Gesetzgeber"	7
4	Reaktion Pressestelle des Landtags auf Nachfrage nach Ergebnissen vom 6.Juli 2022	8
5	Weitere Informationen aus der EGGBI Schriftenreihe	9
6	Allgemeiner Hinweis	9

**Bitte beachten Sie die zahlreichen erklärenden Links in dieser Stellungnahme. Sollten Sie diese Zusammenfassung in Papierform erhalten haben, so bekommen Sie die ständig aktualisierte Version als PDF mit möglichst "funktionierenden" Links (Quellenangaben) unter [https://www.eggbi.eu/fileadmin/EGGBI/PDF/IndikuS -
vorlaeufige Stellungnahme zum Abschlussbericht Juli 2022.pdf](https://www.eggbi.eu/fileadmin/EGGBI/PDF/IndikuS-_vorlaeufige_Stellungnahme_zum_Abschlussbericht_Juli_2022.pdf)**

1 Persönliche Bewertung "Nichts wesentlich Neues?"

Während der Pressesprecher des Landtages bei einer Nachfrage nach konkreten Ergebnissen eines Landtagsbeschlusses **von 2020** im Juli 2022 mir gegenüber noch (schriftlich!) behauptet, das beauftragte Projekt (Forschungsprojekt? Literaturrecherche?) wäre pandemiebedingt noch nicht abgeschlossen(?),

"Das Projekt startete am 01.10.2020 und läuft aktuell noch, da es pandemiebedingt zu unvorhergesehenen Verzögerungen gekommen war." (Mail vom 6.7.2022 an EGGBI)

finden sich im mir seit Juni bereits vorliegenden "Schlussbericht" nur altbekannte "Tatsachen" im neuen Gewand.

Die Darstellung dieser Ergebnisse erfolgte auf 19 Seiten mit neuen graphischen Organisations- und Planungsdarstellungen, aber ohne konkrete Ansätze bezüglich Lösungen für **eine rasche Umsetzung vor allem der Frage nach qualifizierten Ansprechpartnern für MCS- und EHS- Kranke bei medizinischen, arbeitsrechtlichen und anderen sozialen Problemen** - vor allem wenn es sich "nur" um Kassenpatienten handelt!

Handelte es sich beim Projekt um einen "Alibiauftrag", unter anderem auch an "altbekannte" Akteure, (mit ähnlicher Zielsetzung wie ein ebenfalls gestartetes Projekt der [AWMF](#))

siehe z.B. Empfehlungen in der Publikation "Klinische Umweltmedizin", [Dt. Ärzteblatt 2008!](#) mit der Forderung nach "interdisziplinärer Untersuchung", "Umweltmonitoring" inkl. Berücksichtigung von "Strahlenbelastung" u.v.a.

um Betroffene mit einer Neudarstellung ohnedies bereits seit Jahrzehnten bekannter Tatsachen **vielfach kommunizierter Erfordernisse** über weitere 2 Jahre "hinzuhalten"?

Bekannte Erfordernisse, dokumentiert von "praktizierenden" Umweltärzten, die seit vielen Jahren MCS- Kranke behandeln, und Selbsthilfegruppen in vielen Dokumenten.

(AGU Wien: [Fachdialog 2002!](#); Europaem: [Pariser Appell 2015](#), DBU: ["Handlungsorientierte umweltmedizinische Praxisleitlinie 2011"](#), [EGGBI Statement Umweltmedizin 2015](#), ständig aktualisiert),

Der Landtag und Staatsregierung sind nunmehr aufgefordert, die Ergebnisse der Studie bzw. die darin enthaltene Auflistung von dringenden Notwendigkeiten rasch umzusetzen – und nicht weitere mehrjährige "Alibi- Projekte" in Gang zu setzen – erneut ohne aktuellen Nutzen (= Mehrwert) für die Betroffenen.

Abensberg, am 04.08.2022
Josef Spritzendorfer

2 Vorwort

In den Jahren 2017 und 2018 versuchte der Autor dieser Stellungnahme durch zahlreiche Schreiben an Behörden und Politiker verschiedener bayerischer Landtagsfraktionen auf die medizinischen, sozialen und arbeitsrechtlichen Probleme

von Menschen mit umweltindizierten Erkrankungen ([MCS](#), [MCAS](#), [EHS](#), [Duftstoffallergiker](#), [ME- CFS](#) u.a.) aufmerksam zu machen.

Dabei wurde die Forderung erstellt, kurzfristig zumindest Ansprechpartner zu benennen, an die sich Betroffene wenden können wenn

- sie einen Arzt oder eine Klinik für eine umweltmedizinische Anamnese und Behandlung (vor allem auch für Kassenpatienten) suchen, wo sie nicht primär einer psychiatrischen Untersuchung zugeführt werden
- eine zumutbare Praxis oder Klinik für eine allgemeine Behandlung suchen, in der sie emissionsarme Räume und Einrichtung finden und in denen Ärzte und das Personal im Hinblick auf "Duftstoffe" (sowohl Reinigungsmittel als auch persönliche Kosmetikartikel) Verständnis und Rücksichtnahme zeigen,
- Unterstützung bei Bemühungen gegen die Beduftung von öffentlichen Gebäuden und Durchsetzung zumindest einer Kennzeichnungspflicht¹
- Unterstützung bei der Wohnungssuche (barrierefreier Wohnraum)
- Unterstützung bei der Anerkennung der Krankheit als anerkannte Erkrankung und nicht als psychischer "Defekt" für die Erlangung des **Behindertenstatus**
- Unterstützung bei arbeitsrechtlichen Problemen, Problemen mit der Sozialversicherung, Anerkennung einer möglichen Berufskrankheit...
- Unterstützung bei Auseinandersetzungen mit Krankenkassen, die bis heute qualifizierte "Umweltmedizinische Behandlung" nicht bezahlen

Im September 2017 vermittelten mir die Freien Wähler die Möglichkeit, diese Probleme Betroffener vor dem Gesundheitsausschuss des Landtages zu präsentieren.

Am 7.06.2018 hatten die Freien Wähler einen [Antrag an den Bayerischen Landtag](#) bezüglich Aussagen zu Beduftungen, deren gesundheitlichen Auswirkungen und Umfang von Beduftungen in öffentlichen und staatlichen Einrichtungen gestellt.

*"Dieser Antrag wurde bereits im Gesundheitsausschuss behandelt, nicht sofort abgelehnt und auf September vertagt, weil man noch auf eine **Stellungnahme des Umweltbundesamtes** wartet."*
Neuer Termin [25.09.2018 14 Uhr](#)

Einen besonderen Einsatz zeigt auch Akteure der MCS- Selbsthilfegruppe Kempten, denen es gelang, dem damaligen Bürgerbeauftragten Klaus Holetschek in einem gemeinsamen Treffen unter anderem auch mit sehr engagierten Vertretern des EUTB -Büros Kempten und dem dortigen Behindertenbeauftragten

die Probleme Umwelterkrankter und deren soziale Isolation sehr deutlich zu präsentieren; auch die MCS&EHS-Selbsthilfegruppe Rottal Inn gewann bei einem Termin mit Herrn Holetschek den Eindruck, die benannten Probleme würden endlich auch von behördlicher Seite ernst genommen.

Tatsächlich kann nun aber nach wie vor von einer realen Verbesserung der medizinischen und sozialen Versorgung von MCS- und EHS Erkrankten nicht die Rede sein, vom nunmehrigen **Gesundheitsminister Klaus Holetschek** ist diesbezüglich nichts "Konkretes" mehr zu hören – Mails – auch mit der Bitte um direkte Unterstützung in einem konkreten Fall (zuletzt vom 25.05.2022) bleiben inzwischen völlig unbeantwortet.

¹ Bereits am 25.04.2017 lehnt die CSU-Mehrheit gegen sämtlich anderen im Landtag vertretenen Parteien einen „Antrag auf Erstellung eines Berichts über Umfang und Auswirkungen von Duftstoffen in öffentlich zugänglichen Räumen“ ab. [Antrag Abstimmung Ablehnung](#)
Siehe dazu auch [Dokumentation Landtag](#)

Erneuter Antrag im Landtag 2019

Im Rahmen der Regierungsbeteiligung der FW wurde [2019 erneut ein Antrag](#) (Drucksache 18/4872) nun zusammen mit der CSU im Landtag gestellt –

Am 17.03.2020 wurde die Staatsregierung vom Landtag in einer Beschlussempfehlung ([Drucksache 18/7276](#)) daraufhin aufgefordert ([Drucksache 18/7485](#)), die Umsetzung eines Konzepts zur Behandlung von Menschen, die an umweltassoziierten Erkrankungen (z.B. Multiple Chemikaliensensitivität – MCS, Elektrosensibilität -EHS etc.) leiden, im Rahmen der vorhandenen Stellen und Mittel **einzuweisen**.

Von einer Umsetzung der geforderten Punkte konnten wir aber bis heute nichts erfahren.

Statt sofortige Maßnahmen zu setzen - z.B. primär Aufstellung eines(r) qualifizierten Ombudsmann(frau) als Anlaufstelle für Betroffene, wurden 2 neue "Projekte" beauftragt.

Ein AWMF (Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften e.V.) Projekt namens

2.1 "Diagnostik in der klinisch-praktischen Umweltmedizin"

Laufzeit bis 30.4. 2024 !! angemeldet,

(eine ständig wiederholte Kernaussage der stets zitierten und erneut beteiligten Haupt-Akteure bei der Projektanmeldung:

"Der Anteil von Betroffenen, welcher tatsächlich an umweltbedingten Gesundheitsstörungen leidet, ist in absoluten Zahlen relativ gering."

ergibt sich natürlich durch die Tatsache,

dass es eine flächendeckende umweltmedizinische Versorgung in Deutschland gar nicht gibt, durch welche die tatsächliche Anzahl der Betroffenen feststellbar wäre – bestätigt durch [die Veröffentlichung des Robert- Kochinstituts 2020](#))

sowie das Projekt

2.2 "IndikuS"

Laufzeit 1.10.2020 bis 31.03.2022

mit größtenteils identischen Projektzielen

wurden ins Leben gerufen, um in 2 bzw. 4 Jahren (!) ein Konzept zur Klärung (?) obiger Fragen zu erstellen. Das "Ergebnis" des ersten "Projektes" wurde nunmehr im Juni 2022 publiziert. [Abschlussbericht](#)

Bei der Erstellung **des nun vorliegenden IndikuS Abschlussberichtes** wurde offensichtlich auf eine Beteiligung der Betroffenenverbände, (diese "durften" im Vorfeld Sachverhaltserklärungen abgeben) aber auch Vertretern der klinischen Umweltmedizin (Berufsverband klinischer Umweltmediziner e.V. DBU) "verzichtet"!

Die nunmehr erneut sehr ausführliche Begründung der Notwendigkeit interdisziplinären Zusammenwirkens wurde **bereits 1996** publiziert (Dr. med. Dieter Eis)

*Definition Umweltmedizin: „Als **interdisziplinäres** Fachgebiet befasst sich die Umweltmedizin in Theorie und Praxis(?) mit den gesundheits- und krankheitsbestimmenden Aspekten der Mensch-Umwelt-Beziehung. Als **zentraler Fachgegenstand** gelten **Umweltfaktoren / Umweltexpositionen** und deren Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit. [\(Textquelle\)](#)*

"Interdisziplinär" sollte aber mehr sein, als die bisher gerne praktizierte primäre Weiterleitung Umwelterkrankter an die Psychiatrie!

Solange unter anderem MCS- und EHS- Erkrankte von Behörden die Anerkennung als Behinderung bewusst verweigert wird und ihnen stattdessen eine "Beeinträchtigung der Gehirnfunktion" bestätigt wird ², scheint die Politik außer "Absichtserklärungen" keine echte – kurzfristige - Hilfestellung initiieren zu wollen.

² Des Zentrum Bayern Familie und Soziales Region Oberpfalz bestätigte am 08.03.2018 einem Umwelterkrankten – von 2 Ärzten attestiert **MCS, sowie EHS und CFS** nur eine "20%ige" Behinderung – dies wegen „**Funktionsbehinderung der Wirbelsäule, Schulter Arm Syndrom, Kopfschmerzsyndrom und **Beeinträchtigung der Gehirnfunktion!****“ (Kapitel 9.6.3 [Barrierefreiheit für Umwelterkrankte](#))

3 Abschlussbericht IndikuS

Juni 2022 "[Interdisziplinäre Herangehensweise an Umweltattribuierte Symptomkomplexe](#)"

Nachdem einige Betroffenenvertretungen ihre Forderungen und Probleme anfangs noch darlegen durften, fand sich im Abschlußbericht kein Platz mehr für Betroffene und Betroffenenvertreter im benannten "Expertenetzwerk", (Kapitel 2.2.) auch die "praktischen Ärzte des DBU mit der größten Erfahrung im Umgang mit Umwelterkrankten" wurden offensichtlich nicht als "Experten" einbezogen.

Aufgabe des Expertenkreises war offensichtlich nur, mittels "Literaturrecherchen" bereits seit Jahrzehnten bekannte Probleme, Lösungsansätze als nunmehr "neue Forderungen" zu definieren.

3.1 Interdisziplinäres Versorgungskonzept

Zitat aus Abschlussbericht

*Fachärzt*innen an bereits etablierten, **spezialisierten Ambulanzen an Universitätskliniken** ? unterstützen bei der Diagnostik von bspw. Patient*innen, die von niedergelassenen Ärzt*innen an die Ambulanzen überwiesen werden (siehe Tabelle 2).*

In der - seit mehr als 10 Jahren wöchentlichen- Beratungshotline beschwerten sich immer wieder Patienten, dass sie als "Kassenpatienten" an Stelle einer **bereits 2008** von teilweise gleichen Expert/innen erstellten umfassenden "umweltmedizinischen Anamnese" ([klinische Umweltmedizin, Deutsches Ärzteblatt 2008](#)) fast immer primär einer psychiatrischen Untersuchung zugeführt werden sollten.

Entsprechend gering ist das Vertrauen innerhalb der Selbsthilfegruppen, an diesen Ambulanzen wirkliche Hilfe zu finden – in keinem Fall wurde davon berichtet, dass für Gespräche, Untersuchungen, Behandlungen entsprechende zumindest schadstoffarme bzw. strahlungsminimierte Räume zur Verfügung standen.

In den 14 Jahren zwischen dieser Publikation und der Erstellung des IndikuS Ergebnisberichtes scheint es den Autoren nicht gelungen zu sein, auch nur ansatzweise die Ergebnisse der Studie aus 2008 umzusetzen. Positiv: In den Diagnosekriterien werden zumindest die Begriffe MCS, EHS, SBS tatsächlich namentlich aufgeführt und damit diese Krankheitsbilder nicht wie oft in der Vergangenheit überhaupt verleugnet!³.

Erstaunlich die Forderung nach einer qualifizierten "umweltmedizinischen Ausbildungsmöglichkeit" –

nachdem nahezu sämtliche Ärztevertreter auch aus Bayern noch 2018 beim 121. Ärztetag in Erfurt die Schaffung eines solchen Ausbildungsmoduls rigoros im Schnellverfahren ablehnten.

Siehe dazu [121. Ärztetag in Erfurt 2018 - Fiasko für die Umweltmedizin](#)

Eine konzertierte Aktion von EGGBI in Koordination mit renommierten Umweltärzten (Dr. Peter Ohnsorge, Würzburg, Dr. Frank Bartram Weissenburg) einige Wochen von dem Ärztetag, bei der die Delegierten namentlich gebeten wurden, für eine solche Ausbildung zu stimmen, blieb von sämtlichen angeschriebenen bayerischen Ärztevertretern unbeantwortet!

Für die Betroffenen, die nun 2 Jahre lang hofften, am Ende des Projektes IndikuS zumindest tatsächlich qualifizierte Ansprechpartner benannt zu erhalten, stellt sich der Abschlussbericht als erneute Recherche des Istzustandes dar, den das Robert Koch Institut bereits 2020 in vernichtender Form darstellte - Siehe dazu auch Gesundheitsblatt 2020 und den EGGBI Beitrag: "[Bankrotterklärung der Umweltmedizinischen Versorgung](#)"

mit der sehr wesentlichen Aussage:

"Eine flächendeckende umweltmedizinische Versorgung konnte bis zum heutigen Zeitpunkt nach wie vor nicht realisiert werden"

"Dies betrifft sowohl den niedergelassenen Bereich, den öffentlichen Gesundheitsdienst als auch die Universitätskliniken."

*"Die aktuelle Weiterbildungsproblematik und vor allem Finanzierungsprobleme haben zu einem Rückgang der Anzahl qualifizierter, fundiert ausgebildeter Umweltmedizinerinnen und Umweltmediziner im niedergelassenen Bereich geführt. **Aufkommendem Beratungs- und Betreuungsbedarf** kann daher nicht ausreichend von fachkundig ärztlicher Seite entsprochen werden."*

³ Auf den Internetseiten deutscher Gesundheitsministerien, Ärztekammern und Krankenkassen sind diese Begriffe nach wie vor ein "Tabu".

3.2 Erwartungen bezüglich "Gesetzgeber"

Ansichts eine mehrfach verweigerten

- seriösen konkreten Beantwortung von Anfragen an Gesundheitsministerium, Politiker, Behindertenbeauftragten, Gesundheitsämter und Sozialbehörden in Bayern in den letzten Jahren

bei konkreten Fällen "Hilfesuchender",

völlig unqualifizierter Aussagen von "Fachbeamt/Innen, Pressestellen zu Anfragen bezüglich

- offiziellen Ansprechpartnern bei
MCS,
Duftstoffallergien,
arbeitsrechtlichen Fragen
Wohnungssuche,
Schadstoffbelastungen an [Schulen und Kitas](#) (Brutstätten künftiger Umwelterkrankter)

ist zu erwarten, dass mit konkreten Hilfestellungen für Betroffene mit diesen Akteuren auch in den nächsten 10 Jahren kaum zu rechnen sein wird (dafür aber mit vermutlich weiteren, gut dotierten Projektaufträgen für einige bereits bekannte "Akteure").

Dies zeigt sich auch in der [Antwort des Staatsministeriums für "Gesundheit und Pflege?" vom 24.01.2020 zu einer Anfrage der "Grünen" im Landtag vom 26.11.2019 zur Situation von MCS-Kranken in Bayern](#)

Als Ansprechstellen wird auf eine Liste des Umweltbundesamtes verwiesen – dort benannte Stellen benennen oder bieten aber für betroffene Kassenpatienten keine "verträglichen Behandlungsräume" und sind auch für Chemikaliensensitive mit den öffentlichen Verkehrsmitteln meist nur "unzumutbar" erreichbar. Zu konkreten weiteren Fragen werden keine konkreten Antworten, sondern nur "Verweise" angeboten – aber keinerlei Zusagen, seitens der Staatsregierung selbst den Istzustand zur Kenntnis zu nehmen und durch entsprechende Maßnahmen (vor allem allgemeine Ansprechstellen auch zu nichtmedizinischen Problemen dieser Betroffenen) zu verbessern.

Eine lobbystarke Pharmaindustrie versteht es vorzüglich, umweltmedizinische Probleme zu bagatellisieren, Erkenntnisse zu negieren, statt auf Prävention auf gewinnbringende Psychopharmaka mit verheerenden Folgen für Chemikaliensensitive zu setzen, und willfährige Ärzefunktionäre, Akteure in Krankenkassen und Rentenversicherungen und vor allem auch Politiker so zu beeinflussen, dass diese eine seriöse umweltmedizinische Ausbildungsmöglichkeit erfolgreich verhindern, ("[121. Ärztetag in Erfurt 2018 - Fiasko für die Umweltmedizin](#)"), aber auch jegliche anderen Hilfestellungen verweigern.

Wirklich erforderlich wäre eine Sensibilisierung aller Sozial- und Gesundheitsbehörden, sowie eine adäquate Fachausbildung von niedergelassenen und an Kliniken tätigen Ärzten, Anerkennung der Umwelterkrankungen durch Krankenkassen, Rentenversicherungen, Arbeitsgerichte

und für alle Betroffenen eine Ombudsstelle für medizinische, soziale, wohnungsrelevante Fragen

4 Reaktion Pressestelle des Landtags auf Nachfrage nach Ergebnissen vom 6.Juli 2022

Am 4. Juli 2022 bat ich die Pressestelle des Landtags um eine Stellungnahme, ob die Staatsregierung auf Grund des Landtagsbeschluss 2020 mit dem Auftrag, konkrete Maßnahmen einzuleiten, tatsächliche solche Maßnahmen bereits ergriffen hat.

Offensichtlich wusste die Pressestelle zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht, dass zum Projekt Indikus bereits ein Abschlussbericht vorliegt - Zum Thema "konkrete Maßnahmen" wurde auf die "Geschäftsordnung des Bayerischen Landtags" verwiesen, die es angeblich nicht erlaubt, die angebliche Ergebnisse der "Zwischenberichte" konkrete Maßnahmen betreffend, zu veröffentlichen!?!

Am 6.Juli 2022 erhielt ich die Antwort der Pressestelle

*Zitat: "Zu dem im Betreff genannten Landtagsbeschluss hat die Staatsregierung im April 2021 und im März 2022 jeweils Zwischenberichte vorgelegt und informiert, welche Maßnahmen sie bisher ergriffen hat. **Diese Berichte stehen nach der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag den Mitgliedern des Landtags zur Verfügung**". **Sie werden nicht im Internet veröffentlicht.***

Wurden außer der Beauftragung des Projektes Indikus **überhaupt bereits Maßnahmen ergriffen?**

Konkrete Maßnahmen wurden beispielsweise bereits bezüglich ME/CFS 2020/2021 dem Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit von Betroffenen vorgelegt und 2021 in gekürzter Form auch in der Zeitschrift "umwelt-medizin-gesellschaft" publiziert ([Stellungnahme Betroffener](#))

Warum werden bereits "getroffene Maßnahmen" als geheime Verschlussache nur für Landtags-Mitglieder zugänglich gemacht?

"Darüber hinaus können wir Ihnen zu der Thematik Folgendes mitteilen:

In der Umsetzung des Landtagsbeschlusses hat das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (StMGP) das Forschungsprojekt „Interdisziplinäre Herangehensweise an umweltattribuierte Symptomkomplexe – IndikuS“ an das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) vergeben.

Ziel des Vorhabens ist die Erarbeitung eines Konzepts zur medizinischen Versorgungsorganisation von Menschen, die an umweltattribuierten Symptomkomplexen (z. B. Multiple Chemikalien-Sensitivität- MCS, Elektrohypersensibilität- EHS, Sick Building Syndrom- SBS) sowie von Menschen, die an Chronic Fatigue Syndrome – CFS/ Myalgischer Enzephalopathie – ME leiden.

Das Projekt startete am 01.10.2020 und läuft aktuell noch, da es pandemiebedingt zu unvorhergesehenen Verzögerungen gekommen war. "

Neben einem Hinweis auf Publikationen des Robert Koch Instituts bezüglich ME/CFS erhielt ich die Empfehlung

"Für weitergehende Auskünfte wäre das StMGP der richtige Ansprechpartner (bei dieser Mail in „cc“)".

Anfragen an diese Stelle blieben zuletzt völlig unbeantwortet.(Zuletzt unbeantwortete Mail vom 25.05. an den Minister und die Pressestelle dieses Ministeriums).

Betroffene stellen sich die Frage:

Gibt es nunmehr ein weiteres Projekt über mehrere Jahre zur Erstellung eines Konzeptes, wie die Ergebnisse von IndikuS konkret umgesetzt werden sollen? (Bezahlte Beschäftigungstherapie für die gleichen Akteure?)

Ein erneutes Schreiben vom 6.07.2022 meinerseits an die Landespressestelle und das Gesundheitsministerium, mit der Bitte um konkrete Antworten auf die gestellten Fragen wurde bis heute (04.08.2022) nicht mehr beantwortet.

5 Weitere Informationen aus der EGGBI Schriftenreihe

- [Duftstoffallergiker und Beduftungen](#) (aktualisiert im Juni 2022)
- [Barrierefreiheit für Umwelterkrankte](#)
- [Umwelterkrankungen und Umweltmedizin - ein Statement](#)
- ["Wohnungssuche für Umwelterkrankte"](#)
- [Elektrosmog - Elektro- und elektromagnetische Felder](#)
- [Psychopharmaka für Chemikaliensensitive](#)
- [Rechtliche Grundlagen für "Wohngesundheit" und Definition](#)
- [Schulen und Kitas](#)
- [Gütezeichen für Baustoffe aus "gesundheitlicher" Sicht](#)
- [Gesundheitsrisiken in Gebäuden](#)

6 Allgemeiner Hinweis

Es handelt sich hier nicht um eine wissenschaftliche Studie, sondern lediglich um eine "ehrenamtlich" erstellte Informationssammlung und Diskussionsgrundlage.

Gerne ergänzen wir diese Zusammenfassung mit "glaubwürdig belegten" Beiträgen und Gegendarstellungen.

Die Beiträge sind grundsätzlich "parteilich" unabhängig und orientieren sich ausschließlich am Verhalten einzelner "politischer Akteure".

EGGBI berät vor allem Allergiker, Chemikaliensensitive, Bauherren mit besonderen Ansprüchen an die Wohngesundheit sowie Schulen und Kitas und geht daher bekannter Weise von überdurchschnittlich hohen – präventiv geprägten - Ansprüchen an die Wohngesundheit aus.

EGGBI Definition "Wohngesundheit"

Wir befassen uns in der Zusammenarbeit mit einem umfangreichen internationalen Netzwerk von Instituten, Architekten, Baubiologen, Umweltmedizinern, Selbsthilfegruppen und Interessensgemeinschaften ausschließlich mit gesundheitlich relevanten Fragen bei der Bewertung von Produkten, Systemen, Gebäuden und auch Gutachten – unabhängig von politischen Parteien, Baustoffherstellern, Händlern, „Bauausführenden“, Mietern, Vermietern und Interessensverbänden.

Sämtliche "allgemeinen" Beratungen der kostenfreien Informationsplattform erfolgen ehrenamtlich, und es sind daraus keinerlei Rechts- oder Haftungsansprüche abzuleiten. Etwaige sachlich begründete Korrekturwünsche zu Aussagen in unseren Publikationen werden kurzfristig bearbeitet. Für die Inhalte von „verlinkten“ Presseberichten, Homepages übernehmen wir keine Verantwortung.

Bitte beachten Sie die allgemeinen
[fachlichen und rechtlichen Hinweise zu EGGBI Empfehlungen und Stellungnahmen](#)

Für den Inhalt verantwortlich:

Josef Spritzendorfer

Mitglied im Deutschen Fachjournalistenverband DFJV

Gastdozent zu Schadstofffragen im Bauwesen

spritzendorfer@eggbi.eu

D 93326 Abensberg

Am Bahndamm 16

Tel: 0049 9443 700 169

Kostenlose [Beratungshotline](#)

Ich bemühe mich ständig, die Informationssammlungen zu aktualisieren. Die aktuelle Version finden Sie stets unter [EGGBI Schriftenreihe](#) und [EGGBI Downloads](#)